



Zerstört der zunehmende Hass gegen Amts- und Mandatspersonen die Demokratie?

Tim Guldemann

Juni 2023

Zusammenfassung

Mit **Sawsan Chebli**, der ehemaligen Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales im Berliner Senat und Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, und **Jörg Müller**, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz beim Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) des Landes Brandenburg, diskutiert Tim Guldemann über die stark zunehmenden Anfeindungen gegen politisches und gesellschaftliches Engagement.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Gemäß Bundeskriminalamt haben sich zwischen 2018 und 2021 die Straftaten gegen Amts- und Mandatspersonen bundesweit mehr als verdreifacht, mit leichtem Rückgang 2022. Mehr als ein Drittel der AmtsträgerInnen auf kommunaler Ebene erlebten im vergangenen Jahr innerhalb von sechs Monaten persönliche Anfeindungen. 82 Prozent der Betroffenen leiden an psychischen und physischen Folgen. Jörg Müller hat eine entsprechende Studie in Brandenburg für den gesamten Bereich des Ehrenamtes bei 7 000 Personen der kommunalen Mandatsträgerschaft durchgeführt: „Die Befunde sind leider so, wie wir es erwartet haben, sehr alarmierend. (..) Die Frauen sind deutlich betroffener, was die Aggressivität angeht, das ging bis zu Vergewaltigungsdrohungen“.

„Wir haben“, so Müller „eine breite Radikalisierung auch in der Sprache. (..) Früher war man der Gegner in der politischen Debatte, heute ist man gleich der Feind.“ Man habe über lange Zeit wahrnehmen können, dass „immer zunächst die Verhöhnung der Sprache kommt und dann meistens Taten folgen.“ Und die Taten folgten: „Wir hatten die Attentate von Halle und Hanau, wir hatten den Mord an Walter Lübke.“

Sawsan Chebli kann aus eigener Erfahrung bestätigen: „Das, was wir als Frauen erleben, ist viel aggressiver, viel brutaler, Gewaltandrohungen gehören dazu (..) Ich habe da auch viele Morddrohungen bekommen. (..) Ich hatte nicht das Gefühl, dass Facebook mich schützt, dass der Hass gelöscht wird. (..) Vor allem weiß ich, dass es für meine Familie noch schlimmer ist als für mich. (..) Es ist ganz oft so, dass die Betroffenen lernen, damit umzugehen (..) Aber die Menschen um einen herum, die belastet das teilweise viel, viel stärker“. Da habe sie sich „gefragt, lohnt sich das alles, ich bin dann zu dem Schluss gekommen, ja es lohnt sich, ich möchte nicht schweigen, ich möchte nicht kapitulieren. (..) Mein Wunsch wäre es, dass das Thema raus aus der Nische kommt, dass alle kapieren, was es bedeutet, was dieser Hass mit uns als Gesellschaft tut“.

Was Müller am schlimmsten findet „ist, dass wir diese Fähigkeit zum Diskurs verlieren, die Fähigkeit, sich auch mal auseinanderzusetzen, die Fähigkeit, sich auch mal zu streiten. Und am Ende einen Konsens zu erzielen.“ Das führe, so Müller, zum „Problem, dass es immer schwieriger ist, in der heutigen Zeit jemanden zu finden, der sich überhaupt noch ehrenamtlich engagieren möchte. Wir reden über Ehrenamt vor allem auf der kommunalen Ebene. (..) Das heißt, wir haben eine immer weniger breite Aufstellung der Demokratie. (..) Auf den Markt kommen natürlich andere, (.. von der) AfD, die sich selbst als Opfer geriert haben, (..) die wollen diese Lücken ja füllen.“ Deren Ziel sei es, „die Meinung zu beeinflussen, Sie rauszukriegen, Sie rauszubekommen aus der Diskussion und Sie nicht mehr wahrnehmbar zu machen, das wäre der größte Verlust. Die Zahlen sind alarmierend.“

„Die Social Media wirken wie ein Brandbeschleuniger“, so Chebli weiter, „viele sind im Netz anonym unterwegs. (..) Es gibt aber eine organisierte Struktur, organisierte Netzwerke. Da sind Menschen, die eine Agenda haben, dieses Land rein zu machen von Menschen wie mich. Ich gehöre hier nicht her.“

„Wir haben es im Bereich Social Media nicht geschafft“, führt Müller fort, „eine eigene Ethik, eine eigene Moral in den sozialen Netzwerken zu entwickeln“. (..) „Wir müssen aus der Anonymität raus.“ (..) Wir müssen ja nicht zusehen, dass die großen Konzerne viel Geld verdienen, aber nicht helfen bei der Durchsetzung der Regeln.(..) Wir brauchen Kennzeichnungspflicht. Und wir müssen die großen Anbieter dazu zwingen, (..) dass wir die Identifizierungsmöglichkeit schaffen.“ So argumentiert auch Chebli: „Wir haben es verschlafen in den letzten Jahren, Antworten zu finden auf diese gigantische Macht der US-Netzwerke“ mit ihren Algorithmen, die



bewirken, „dass Hass nach oben getrieben wird“. Das sei das Geschäftsmodell von Facebook, was die Whistleblowerin Frances Haugen nachgewiesen habe.

Jörg Müller berichtet von einer Podiumsdiskussion in Dresden, wo ein Programmierer aus China gesagt habe: „Warum habe ich eigentlich keinen Auftrag, Moral zu programmieren. Ich könnte das. Ich müsste der Moral und hohen ethischen Werten höhere Punktwerte geben. Ich gebe aber Hass und Gewalt höhere Punktwerte.“ Wenn wir das wissen, müssen wir die großen Konzerne einfach dazu zwingen. (..) Der Anbietungsort muss entscheiden, welche Regeln gelten“. Chebli sieht dafür Möglichkeiten im Netzwerkdurchsetzungsgesetz: „Wir können das zurückholen mit einer Politik, die verstanden hat, dass sie reagieren muss und dann auch etwas dafür tut, dass ihre Gesetze dann durchgesetzt werden“, denn: „**Die Zukunft unserer Demokratie wird im Internet verhandelt**“.

Anmerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Gesprächspartner wieder und erschien erstmalig im Newsletter *DEBATTE ZU DRITT*. Der Podcast ist zu hören über **Spotify**: [Zerstört der zunehmende Hass gegen Amts- und Mandatspersonen die Demokratie? - mit Sawsan Chebli und Jörg Müller • Tim Guldemann - Debatte zu Dritt \(spotify.com\)](#) oder **Apple Podcasts**: [Tim Guldemann - Debatte zu Dritt: Zerstört der zunehmende Hass gegen Amts- und Mandatspersonen die Demokratie? - mit Sawsan Chebli und Jörg Müller on Apple Podcasts](#) oder über die Website www.timguldemann.ch abrufbar.

Über den Autor dieses Beitrags

Tim Guldemann, geb. 1950 in Zürich, Studien und Forschungsaufenthalte in Zürich, Lateinamerika, Stockholm und am Max-Planck-Institut in Starnberg, 1979 Promotion, 1979-82 Forschungstätigkeit in der und über die Sowjetunion. 1982 Eintritt in den diplomatischen Dienst. 1996 Honorarprofessur an der Uni Bern, 1996-1999 Leiter OSZE-Missionen in Tschetschenien und Kroatien, 1999-2004 Botschafter in Teheran, 2004-2008 Lehrtätigkeit an der Uni Frankfurt, 2007/08 Stellvertretender Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs im Kosovo, 2010-15 Botschafter in Berlin, 2015-18 schweizerischer Parlamentsabgeordneter. Seit 2018 Präsident des Museumsrates des Schweizerischen Nationalmuseums.

Tim Guldemann ist verheiratet mit Christiane Hoffmann, zwei Töchter, lebt in Berlin. Bücher über Lateinamerika, Wohlfahrtsstaat, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Sowjetunion und „Aufbruch Schweiz“.



Tim Guldemann